

No. 28667

**UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND, FRANCE
and UNITED STATES OF AMERICA,
and
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY**

**Exchange of notes constitnting an agreement concerning the
presence in Berlin of armed forces of the French Repub-
lic, of the United Kingdom of Great Britain and North-
ern Ireland and of the United States of America (with
annexes). Bonn, 25 September 1990**

Authentic texts: German, English and French.

*Registered by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
on 20 February 1992.*

**ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD, FRANCE
et ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE**

**Échange de notes constituant un accord concernant la pré-
sence à Berlin des forces armées de la République fran-
çaise, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande
du Nord et des États-Unis d'Amérique (avec annexes).
Bonn, 25 septembre 1990**

Textes authentiques : allemand, anglais et français.

*Enregistré par le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
le 20 février 1992.*

EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENTS OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND, THE FRENCH REPUBLIC AND THE UNITED STATES OF AMERICA, AND THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING THE PRESENCE IN BERLIN OF ARMED FORCES OF THE FRENCH REPUBLIC, OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND OF THE UNITED STATES OF AMERICA

ÉCHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD¹ ENTRE LES GOUVERNEMENTS DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD, DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE ET DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE, ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE CONCERNANT LA PRÉSENCE À BERLIN DES FORCES ARMÉES DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

I

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die kürzlich zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geführten Gespräche Bezug zu nehmen. Diese Gespräche fanden im Anschluß an das Ersuchen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland um den Verbleib von Streitkräften der anderen drei Staaten in Berlin statt. Der Aufenthalt dieser Streitkräfte wird die fortdauernde Solidarität der anderen drei Staaten mit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere mit der Stadt Berlin und ihren Einwohnern zum Ausdruck bringen, indem er einen Beitrag zur Sicherheit Berlins leistet. Ich beehre mich daher, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgendes vorzuschlagen:

1. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland vereinbaren

¹ Came into force on 3 October 1990, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities ceased to have effect, in accordance with the provisions of the said notes.

¹ Entré en vigueur le 3 octobre 1990, à la suite de l'accomplissement des formalités constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites ont cessé d'avoir effet, conformément aux dispositions des dites notes.

für einen begrenzten Zeitraum den Aufenthalt von Streitkräften der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Berlin.

2. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte dürfen sich auf dem jeweiligen Stand (Personal und militärische Ausrüstung) vom 12. September 1990 in Berlin aufhalten.

3. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen in Berlin oder auf dem Weg zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein haben die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in diesen Ländern gewährt wird.

4. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften in Berlin in Übereinstimmung mit den einschlägigen deutschen Rechtsvorschriften die fortdauernde und kostenlose Verfügbarkeit von Einrichtungen und Liegenschaften, die zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlich sind. Einrichtungen und Liegenschaften, die bisher genutzt wurden, jedoch nicht länger für die Erfüllung dieses Auftrags erforderlich sind, werden so bald wie möglich an die deutschen Behörden zurückgegeben.

5. Die amerikanischen, britischen und französischen Streitkräfte in Berlin stimmen alle Tätigkeiten eng mit den zuständigen deutschen Behörden ab, wobei Übereinstimmung darüber besteht, daß die Hauptverantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit Berlins bei deutschen Behörden liegt. Zu diesem Zweck treffen sie für Verbindungsmaßnahmen geeignete Absprachen.

6. Die Bundesrepublik Deutschland stellt Einrichtungen für die Ausbildung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen nach Maßgabe der jeweiligen nationalen Ausbildungsnormen und der in Anlage 1 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätze zur Verfügung.

7. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die den amerikanischen, britischen und französischen Streitkräften im Zusammenhang mit der Erfüllung ihres Auftrags entstehenden Kosten in Übereinstimmung mit den in Anlage 2 dieser Vereinbarung niedergelegten Grundsätzen sowie aufgrund späterer zwischen den betroffenen Vertragsparteien gegebenenfalls zu treffender Vereinbarung.

8. Die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet und erleichtert Luftbewegungen nach und von Berlin und Landbewegungen zwischen Berlin und den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein durch amerikanische, britische und französische Streitkräfte.

9. Die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland kommen überein, so bald wie möglich etwaige ergänzende Abmachungen auszuarbeiten, die zur Durchführung dieser Vereinbarung erforderlich sind.

10. Diese Vereinbarung kann auf Antrag einer Vertragspartei nach Ablauf von zwölf Monaten nach ihrem Inkrafttreten jederzeit von den Vertragsparteien zu dem Zweck überprüft werden, Einvernehmen über Änderungen zu erzielen.

11. Diese Vereinbarung kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Anzeige an die anderen Vertragsparteien unter Einhaltung einer Frist von zwölf Monaten beendet werden.

Falls sich die Regierungen der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note einschließlich ihrer Anlagen und die das Einverständnis Ihrer Regierungen zum Ausdruck bringenden Antwortnoten eine Vereinbarung zwischen unseren vier Regierungen bilden, die nach Erfüllung etwa erforderlicher verfassungsrechtlicher Voraussetzungen in Kraft tritt, wenn die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte unwirksam werden. Jede Regierung unterrichtet die anderen über die Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Voraussetzungen.

Der englische und der französische Wortlaut dieser Note und ihrer Anlagen sind beigefügt; alle drei Wortlaute sind gleichermaßen verbindlich.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

LAUTENSCHLAGER

ANLAGE I

Grundsätze für die Ausbildung

1. Die amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin betreiben und unterhalten auch weiterhin die Ausbildungseinrichtungen, für die sie am 12. September 1990 verantwortlich waren. Darüber hinaus haben sie vorbehaltlich der Nummer 4 dieser Anlage auch weiterhin das Recht, Übungsgelände in Berlin zu nutzen, die ihnen am 12. September 1990 zur Verfügung standen.
2. Einzelausbildung und Ausbildung von Verbänden bis zur Größe eines verstärkten Bataillons werden auch weiterhin unter Nutzung der bestehenden Ausbildungseinrichtungen und Übungsgelände innerhalb Berlins durchgeführt.
3. Der künftige Bedarf an Übungsgelände richtet sich nach der Größe und Zusammensetzung der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Berlin.
4. Jede Verringerung der Ausbildung amerikanischer, britischer und französischer Truppen in Berlin nach Zeit, Ort und Art erfolgt durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den Behörden der betroffenen Streitkräfte und den zuständigen deutschen Behörden.
5. Die zuständigen deutschen Behörden erleichtern die Nutzung von Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgeländen durch die in Berlin stationierten Truppen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs. Deren Eignung wird durch zweiseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs festgelegt.
6. Fallen durch die Nutzung erforderlicher Ersatzausbildungseinrichtungen und -übungsgelände zusätzliche Kosten an, so stellen die zuständigen deutschen Behörden gemäß den Grundsätzen für die Finanzierung in Anlage 2 dieser Vereinbarung ausreichende Mittel zur Verfügung, um diese den Streitkräften Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs in Berlin entstehenden Kosten auszugleichen.

ANLAGE 2

Grundsätze für die Finanzierung

1. Die Bundesrepublik Deutschland trägt weiterhin die Kosten für dieselben Ausgabenkategorien wie bisher, wobei die Höhe der Finanzierung in dem erforderlichen Umfang anzupassen ist, um der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaigen Reduzierungen der Truppenstärke und bei den zivilen Beschäftigten Rechnung zu tragen.

2. Der Finanzbedarf der Französischen Republik, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ("die drei Staaten") wird jährlich auf zweiseitiger Grundlage ermittelt und die Finanzierung durch die Bundesrepublik Deutschland nach Abschluß ihrer haushaltsrechtlichen Verfahren bestätigt. Die drei Staaten erklären sich damit einverstanden, ihren Bedarf erforderlichenfalls näher zu erläutern. Sie veranschlagen ihre Kosten im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Normen auf dem niedrigsten Niveau, das mit dem Auftrag ihrer Streitkräfte vereinbar ist. Im übrigen werden die bisherigen Verfahrensgrundsätze für die Aufstellung und Durchführung des Haushalts angewandt. Die Ausgaben unterliegen der Rechnungsprüfung im Einklang mit den jeweiligen nationalen Normen. Die drei Staaten berücksichtigen in angemessener Weise die Erfordernisse des Bundesrechnungshofs, die ihnen durch die einschlägigen Kanäle übermittelt werden.

3. Die Ausgaben für einzelne Einrichtungen, die mit den Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang stehen, darunter auch die Missionen der drei Staaten, werden über vereinbarte Abwicklungszeiträume bis spätestens 31. Dezember 1991 schrittweise abgebaut.

4. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt die Kosten für die Auflösung der Einrichtungen der drei Staaten, deren Aufgaben erlöschen, sowie für die Fortführung etwaiger auf Wunsch der Bundesrepublik Deutschland durchzuführender Aufgaben. Hierfür gelten gesonderte Abmachungen.

5. Während der unter Nummer 3 dieser Anlage genannten Abwicklungszeiträume gewährleistet die Bundesrepublik Deutschland die fortgesetzte und kostenlose Verfügbarkeit von Sachen, die bisher mit der Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Zusammenhang standen.

6. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß während der Abwicklungszeiträume die derzeit gültigen Berliner Tarifvertragsregelungen für diejenigen Beschäftigten fortgelten, für die sie auch bisher gegolten haben. Beschäftigte, die nicht unter den Berliner Tarifvertrag fallen und ihren Arbeitsplatz verlieren, werden möglichst wohlwollend behandelt.

7. Über ihre regelmäßigen Überprüfungen hinaus sind die drei Staaten bereit, in Einzelfällen zu prüfen, ob ihr Bedarf an bestimmten Liegenschaften fortbesteht, an denen die deutsche Seite ein besonderes Interesse hat. Dies gilt insbesondere für die Zeiträume, während deren Einrichtungen aufgelöst werden.

8. Die in zweiseitigen Beratungen bereits konsultierten Haushaltsansätze für 1991 werden unter Berücksichtigung der Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte und etwaiger Truppenreduzierungen auf zweiseitiger Grundlage überprüft und, soweit erforderlich, angepaßt.

The State Secretary of the Federal Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany to the Ambassadors of France, the United Kingdom and the United States of America at Bonn

[Le Secrétaire d'Etat du Ministère des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne aux Ambassadeurs français, anglais et américain]

DER STAATSSSEKRETÄR DES
AUSWÄRTIGEN AMTS¹

Bonn, 25 September 1990

Bonn, le 25 septembre 1990

Excellencies,

Excellences,

I have the honour to refer to the discussions which have taken place recently between representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America. These discussions took place following the request by the Government of the Federal Republic of Germany that armed forces of the other three States should remain in Berlin. The presence of these forces will demonstrate the continued solidarity of the other three States with the Federal Republic of Germany and especially with the city of Berlin and its inhabitants in contributing to the security of Berlin. I accordingly have the honour to propose on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany the following:

J'ai l'honneur de me référer aux conversations qui ont eu lieu récemment entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. Ces conversations ont eu lieu à la suite de la demande du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne que des forces armées des trois autres Etats demeurent à Berlin. La présence de ces forces témoignera du maintien de la solidarité des trois autres Etats avec la République fédérale d'Allemagne et, en particulier, avec la ville de Berlin et ses habitants, en contribuant à la sécurité de Berlin. En conséquence, j'ai l'honneur, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de proposer ce qui suit :

1. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the presence, for a limited period, of forces of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in Berlin.

1. La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République française et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord donnent leur accord à la présence à Berlin, pour une période limitée, de forces des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

2. The French, United Kingdom and United States forces may be present in Berlin up to their respective levels (per-

2. Les forces américaines, françaises et britanniques pourront être présentes à Berlin jusqu'à leurs niveaux respectifs

¹ Le Secrétaire d'Etat au Ministère des Affaires étrangères — The State Secretary of the Ministry of Foreign Affairs.

sonnel and military equipment) in effect on 12 September 1990.

3. The French, United Kingdom and United States forces, their civilian components, their members and dependents in Berlin or moving between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein shall enjoy the same status as that accorded to them in those Länder.

4. The Federal Republic of Germany shall guarantee to the French, United Kingdom and United States forces in Berlin in accordance with the relevant German legislation the continued availability at no cost of facilities and accommodation which are necessary for the fulfilment of their mission. Facilities and accommodation used until now, but no longer necessary for the fulfilment of this mission, shall be released to the German authorities as soon as possible.

5. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall closely co-ordinate all activities with the competent German authorities on the understanding that primary responsibility for ensuring the security of Berlin rests with German authorities. For this purpose, they shall establish appropriate liaison arrangements.

6. The Federal Republic of Germany shall provide facilities for the training of the French, United Kingdom and United States forces in accordance with respective national training standards and with the principles in Annex 1 to this Agreement.

7. The Federal Republic of Germany shall provide for costs of the French, United Kingdom and United States forces related to the fulfilment of their mission, in accordance with the principles in Annex 2 to this Agreement and as

(en effectifs et en armements) effective-ment atteints au 12 septembre 1990.

3. Les forces américaines, françaises et britanniques, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge à Berlin ou se déplaçant entre Berlin et les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holsteine, bénéficieront du même statut que celui qui leur est accordé dans ces Länder.

4. La République fédérale d'Allemagne garantira aux forces américaines, françaises et britanniques à Berlin, conformément à la législation allemande correspondante, le maintien de la disposition à titre gratuit des installations et immeubles nécessaires à l'accomplissement de leur mission. Les installations et immeubles utilisés jusqu'à présent, et qui ne sont plus nécessaires à l'accomplissement de cette mission, seront restitués aux autorités allemandes dès que possible.

5. Les forces américaines, françaises et britanniques à Berlin coordonneront étroitement toutes leurs activités avec les autorités allemandes compétentes, étant entendu que la responsabilité première de la sécurité à Berlin incombe aux autorités allemandes. A cette fin, elles établiront par accord les liaisons appropriées.

6. La République fédérale d'Allemagne fournira des installations pour l'entraînement des forces américaines, françaises et britanniques conformément aux normes nationales d'entraînement respectives et aux principes figurant à l'Annexe I du présent accord.

7. La République fédérale d'Allemagne prendra à sa charge les coûts résultant de l'accomplissement des missions des forces américaines, françaises et britanniques, conformément aux principes figurant à l'Annexe 2 du présent accord

may subsequently be agreed between the Parties concerned.

8. The Federal Republic of Germany shall guarantee and facilitate air movements to and from Berlin and surface movements between Berlin and the Länder Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North-Rhine/Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein by French, United Kingdom and United States forces.

9. The Federal Republic of Germany, the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to develop, as soon as possible, any additional arrangements that may be needed to carry out the provisions of this Agreement.

10. This Agreement may be reviewed by the Parties thereto at the request of any Party for the purpose of reaching agreement on modification or amendment at any time after an initial period of twelve months after its entry into force.

11. This Agreement may be terminated upon twelve months' written notice by any Party to the other Parties.

If the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America agree to the content of this Note, this Note, including its Annexes, and the Notes in reply thereto expressing your Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect. Each Government shall notify the others of the completion of its constitutional requirements.

et aux conditions qui pourraient ultérieurement être convenues entre les Parties concernées.

8. La République fédérale d'Allemagne garantira et facilitera les mouvements aériens à destination et en provenance de Berlin et les mouvements terrestres entre Berlin et les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie du Nord/Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein, des forces américaines, françaises et britanniques.

9. La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République française et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord conviennent d'établir, dès que possible, tous arrangements supplémentaires qui pourraient être nécessaires à l'exécution des dispositions du présent accord.

10. Le présent accord pourra être révisé à tout moment par les Parties, à la demande de l'une quelconque d'entre elles, aux fins de modification ou d'amendement, après une période initiale de douze mois, à compter de son entrée en vigueur.

11. Il pourra être mis fin au présent accord douze mois après notification écrite de l'une quelconque des Parties aux autres Parties.

Si les Gouvernements de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord acceptent le contenu de cette lettre, cette lettre et ses annexes, et les lettres de réponse, exprimant l'agrément de vos gouvernements, constitueront un accord entre nos gouvernements qui entrera en vigueur, à la suite de l'accomplissement des formalités constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites cesseront d'avoir effet. Chaque gouvernement notifiera aux autres l'accomplissement de ses formalités constitutionnelles.

The English and French texts of this Note and its Annexes are attached hereto, all three texts being equally authentic.

Please accept, Excellencies, the assurances of my highest consideration.

[LAUTENSCHLAGER]

[H.E. Ambassador of the French Republic]

[H.E. Ambassador of the United States of America]

[H.E. Ambassador of the United Kingdom]

[Bonn]

Les textes anglais et français de la présente lettre et ses annexes sont joints, tous trois faisant également foi.

Je vous prie d'agréer, Excellences, les assurances de ma très haute considération.

[LAUTENSCHLAGER]

S.E. l'Ambassadeur de la République française

S.E. l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique

S.E. l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

Bonn

ANNEX I

PRINCIPLES FOR TRAINING

1. The French, United Kingdom and United States forces in Berlin shall continue to control and maintain training facilities for which they were responsible on 12 September 1990. In addition, they shall, subject to paragraph 4 of this Annex, continue to enjoy the use of training areas in Berlin which were available to them on 12 September 1990.

2. Individual training and collective training up to and including battalion task force/battalion group level shall continue to be accomplished utilising the existing training facilities and areas inside Berlin.

3. The future training area requirements shall take into account the size and composition of the French, United Kingdom and United States forces in Berlin.

4. Any reductions in the times, places and types of training in Berlin for French, United Kingdom and United States forces shall be effected by bilateral agreement between authorities of the respective forces and the competent German authorities.

5. The competent German authorities shall facilitate the use of replacement training facilities and areas by the forces of France, the United Kingdom and the United States stationed in Berlin. Their suitability shall be determined by bilateral agreement between the competent German authorities and the authorities of the forces of France, the United Kingdom and the United States respectively.

6. Should the use of required replacement training facilities and areas involve additional costs, the competent German authorities shall provide sufficient funds to offset such costs to the forces of France, the United Kingdom and the United States in Berlin in accordance with the Principles for Funding in Annex 2 to this Agreement.

ANNEXE I

PRINCIPES CONCERNANT L'ENTRAÎNEMENT

1. Les forces américaines, françaises et britanniques à Berlin continueront à contrôler et entretenir les installations d'entraînement dont elles étaient responsables à la date du 12 septembre 1990. De plus, elles continueront à bénéficier de l'usage des zones d'entraînement à Berlin, qui se trouvaient à leur disposition, à la date du 12 septembre 1990, conformément aux dispositions du paragraphe 4 de la présente annexe.

2. L'instruction individuelle et l'entraînement collectif, jusqu'au niveau du groupement d'intervention compris, continueront d'être effectués en utilisant les installations et zones d'entraînement existantes à Berlin.

3. A l'avenir, les besoins en matière de zones d'entraînement prendront en considération la taille et la composition des forces américaines, françaises et britanniques à Berlin.

4. Toutes réductions de durée, de lieu et de types d'entraînement à Berlin des forces américaines, françaises et britanniques seront effectuées par accord bilatéral entre les autorités des forces respectives et les autorités allemandes compétentes.

5. Les autorités allemandes compétentes faciliteront l'utilisation par les forces américaines, françaises et britanniques stationnées à Berlin, d'installations ou de zones d'entraînement de substitution. Leur adéquation sera déterminée par accord bilatéral entre les autorités allemandes compétentes et, respectivement, les autorités des forces américaines, françaises et britanniques.

6. Au cas où des coûts supplémentaires résulteraient de l'utilisation nécessaire d'installations et zones d'entraînement de substitution, les autorités allemandes compétentes fourniront des moyens suffisants pour compenser de tels coûts auprès des forces américaines, françaises et britanniques à Berlin, conformément aux principes de financement définis dans l'Annexe 2 du présent accord.

ANNEX 2

PRINCIPLES FOR FUNDING

1. The Federal Republic of Germany shall continue to pay for the same categories of expenditure as at present, the funding to be adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities, and of any reductions in force levels and civilian employees.

2. The expenditure requirements of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America ("the three States") shall be established annually on a bilateral basis and the funding confirmed by the Federal Republic of Germany following completion of its budgetary procedures. The three States accept that their requirements may need to be presented in greater detail. They shall estimate their costs, in accordance with their national standards, at the lowest level consistent with the mission of their forces. The agreed principles of budgetary management shall otherwise be applied. Expenditure shall be audited according to national standards. The three States shall as appropriate take into consideration the requirements of the Bundesrechnungshof (the Federal Audit Agency), as communicated through the relevant channels.

3. Expenditure on individual institutions associated with Quadripartite rights and responsibilities, including the missions of the three States, shall be phased out over agreed transitional periods by no later than 31 December 1991.

4. The Federal Republic of Germany shall bear the costs of dissolving the institutions of the three States whose functions cease to exist, and for the continuation of any functions requested by the Federal Republic of Germany. Separate arrangements shall apply for the latter.

5. During the transitional periods referred to in paragraph 3, the Federal Republic of Germany guarantees the continued availability at no cost of property hitherto associated with the exercise of Quadripartite rights and responsibilities.

ANNEXE 2

PRINCIPES FINANCIERS

1. La République fédérale d'Allemagne continuera à prendre en charge les mêmes catégories de dépenses qu'actuellement, le financement étant adapté de manière appropriée pour tenir compte de la fin des droits et responsabilités quadripartites et de toute réduction du niveau des forces et des employés civils.

2. Les demandes de dépenses de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats-Unis d'Amérique (« les trois Etats ») seront établies annuellement sur une base bilatérale et le financement assuré par la République fédérale d'Allemagne après accomplissement de sa procédure budgétaire. Les trois Etats acceptent que leurs demandes puissent devoir être présentées de manière plus détaillée. Ils évalueront leurs frais, conformément à leurs normes nationales, au niveau le plus bas compatible avec l'accomplissement de la mission de leurs forces. En outre, les principes agréés de gestion budgétaire seront appliqués. Les dépenses seront vérifiées conformément aux normes nationales. Les trois Etats prendront en considération de manière appropriée les demandes du Bundesrechnungshof (la Cour fédérale des comptes), telles qu'elles seront transmises par les canaux appropriés.

3. Les dépenses afférentes à des institutions particulières liées aux droits et responsabilités quadripartites, y compris aux missions des trois Etats, seront supprimées au cours de périodes de transition agréées, au plus tard le 31 décembre 1991.

4. La République fédérale d'Allemagne prendra en charge les coûts de la dissolution des institutions des trois Etats dont les fonctions cesseront d'exister, et du maintien de toutes fonctions qui ferait l'objet d'une demande de la République fédérale d'Allemagne. Ce point fera l'objet d'arrangements séparés.

5. Pendant les périodes de transition, auxquelles il est fait référence au paragraphe 3, la République fédérale d'Allemagne garantira la disponibilité à titre gratuit des biens liés jusqu'à présent à l'exercice des droits et responsabilités quadripartites.

6. The Federal Republic of Germany accepts that during the transitional periods the present Berlin Tariff Agreement arrangements shall continue for those employees to whom they apply at present. Non-Berlin Tariff Agreement employees who are made redundant shall be treated as sympathetically as possible.

7. The three States are prepared in individual cases to examine, in addition to their regular reviews, their requirements for properties in which the German side has a particular interest. This applies especially in the periods during which institutions are being dissolved.

8. The 1991 estimates already consulted bilaterally, adjusted as appropriate to take account of the termination of Quadripartite rights and responsibilities and of any reductions in force levels, shall be reviewed on a bilateral basis.

6. La République fédérale d'Allemagne accepte que pendant les périodes de transition, les dispositions de la convention collective de Berlin en vigueur continuent à s'appliquer aux employés auxquels elles s'appliquent actuellement. Les employés ne relevant pas de la convention collective de Berlin, dont l'emploi sera supprimé, seront traités avec le plus de compréhension possible.

7. Les trois Etats sont disposés, dans les cas particuliers, à examiner en sus de leurs révisions périodiques, leurs besoins concernant des immeubles revêtant un intérêt particulier pour la Partie allemande. Ceci s'applique en particulier aux périodes durant lesquelles des institutions seront dissoutes.

8. Les prévisions budgétaires pour 1991 qui ont déjà fait l'objet de consultations bilatérales, seront révisées de manière appropriée pour tenir compte de la fin des droits et responsabilités quadripartites et de toute réduction du niveau des forces, et revus sur une base bilatérale.

II a

[TRADUCTION — TRANSLATION]

Her Majesty's Ambassador at Bonn to the State Secretary of the Federal Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany

BRITISH EMBASSY

Bonn, 25 September 1990

Your Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your Note of 25 September 1990 concerning the presence in Berlin of armed forces of the French Republic, of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the United States of America, the English text of which reads as follows:

[See note I]

I have the honour to inform you that the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland agree to the content of Your Excellency's Note. Accordingly, Your Excellency's Note, including its Annexes, this reply and the replies of the Ambassador of the French Republic and the Ambassador of the United States of America expressing their Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

I avail myself of this opportunity to renew to Your Excellency the assurances of my highest consideration.

CHRISTOPHER MALLABY

L'Ambassadeur de Sa Majesté britannique à Bonn au Secrétaire d'Etat du Ministère des Affaires Etrangères de la République fédérale d'Allemagne

AMBASSADE BRITANNIQUE

Bonn, le 25 septembre 1990

Monsieur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note du 25 septembre 1990 au sujet de la présence à Berlin des forces armées de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des Etats d'Amérique, dont le texte français est le suivant :

[Voir note I]

J'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord accepte le contenu de votre lettre. Par conséquent, votre lettre y compris ses annexes, cette réponse et les réponses de l'Ambassadeur de la République française et de l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique exprimant l'accord de leurs Gouvernements, constitueront un accord entre nos quatre Gouvernements qui entrera en vigueur, après l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites cesseront d'avoir effet.

Je vous prie, etc.

CHRISTOPHER MALLABY

II b

[TRANSLATION — TRADUCTION]

EMBASSY OF FRANCE

Bonn, September 25 1990

Yours Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of 25 September 1990 concerning the presence in Berlin of armed forces of the French Republic, of the United States of America and of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the English text of which reads as follows:

[See note I]

I have the honour to inform you that the Government of the French Republic agree to the content of Your Excellency's letter.

Accordingly, Your Excellency's letter, including its annexes, this reply and the replies of the Ambassador of the United States of America and the Ambassador of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland expressing their Government's agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

I avail myself, etc.

[Signed]

SERGE BOIDEVAIX
Ambassador of the French Republic

His Excellency
Dr. Hans Werner Lautenschlager
State Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany

AMBASSADE DE FRANCE

Bonn, le 25 septembre 1990

Monsieur le Secrétaire d'Etat,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 25 septembre 1990 au sujet de la présence à Berlin des forces armées de la République française, des Etats-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, dont le texte français est le suivant :

[Voir note I]

J'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement de la République française accepte le contenu de votre lettre.

Par conséquent, votre lettre y compris ses annexes, cette réponse et les réponses de l'Ambassadeur des Etats-Unis d'Amérique et de l'Ambassadeur du Royaume-Uni des Etats-Unis d'Amérique et de l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord exprimant l'accord de leurs gouvernements constitueront un accord entre nos quatre gouvernements qui entrera en vigueur, après l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites cesseront d'avoir effet.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Secrétaire d'Etat, l'assurance de ma très haute considération.

[Signé]

SERGE BOIDEVAIX
Ambassadeur de la République française

Son Excellence
M. Hans Werner Lautenschlager
Secrétaire d'Etat au Ministère des Affaires Etrangères de la République fédérale d'Allemagne

[TRADUCTION — TRANSLATION]

EMBASSY OF THE UNITED STATES
OF AMERICAAMBASSADE DES ÉTATS-UNIS
D'AMÉRIQUE

September 25, 1990

Le 25 septembre 1990

Excellency,

I have the honor to acknowledge receipt of your Note of today's date concerning the presence in Berlin of armed forces of the French Republic, of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the United States of America, the English text of which reads as follows:

[See note I]

I have the honor to inform you that the Government of the United States of America agrees to the content of Your Excellency's Note. Accordingly, Your Excellency's Note, including its Annexes, this reply and the replies of the Ambassador of the French Republic and the Ambassador of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland expressing their Governments' agreement shall constitute an Agreement between our four Governments, which shall enter into force, following completion of any necessary constitutional requirements, when Quadripartite rights and responsibilities cease to have effect.

Accept, Excellency, the renewed assurances of my highest consideration.

[Signed — Signé]¹

His Excellency

Dr. Hans Werner Lautenschlager
State Secretary of the Ministry of Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany

Monsieur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note du 25 septembre 1990 au sujet de la présence à Berlin des forces armées de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et des États d'Amérique, dont le texte français est le suivant :

[Voir note I]

J'ai l'honneur de vous informer que le Gouvernement des États-Unis d'Amérique accepte le contenu de votre note. Par conséquent, votre note y compris ses annexes, cette réponse et les réponses de l'Ambassadeur de la République française et de l'Ambassadeur du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord exprimant l'accord de leurs Gouvernements, constitueront un accord entre nos quatre Gouvernements qui entrera en vigueur, après l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises, lorsque les droits et responsabilités quadripartites cesseront d'avoir effet.

Je vous prie, etc.

[VERNON A. WALTERS]

Son Excellence

M. Hans Werner Lautenschlager
Secrétaire d'Etat au Ministère des Affaires Étrangères de la République fédérale d'Allemagne

¹ Signed by Vernon A. Walters — Signé par Vernon A. Walters.